



BERICHT AUS BERLIN

von Dr. Inge Gräßle



13.05.2022

Ausgabe 010

Wir brauchen einen Schutzschirm gegen die Inflation! Und: Hunger vermeiden – Bundesregierung muss Ackerflächen freigeben

Inflation, Energiepreise und Nahrungsmittelknappheit machen das Leben in unserem Land immer teurer. Jetzt ist entschlossenes Handeln der Bundesregierung gefragt. Aber die Ampel verstrickt sich bei der Inflationsbekämpfung in Ankündigungen und Einzelmaßnahmen. Stattdessen bedarf es jetzt eines entschiedenen Handelns: Einer gezielten Entlastung der Breite der Gesellschaft!

Das bisherige Paket der Bundesregierung ist unausgegoren. Einzelne Maßnahmen – wie etwa das 9-Euro-Ticket – gehen mit unsinnigem bürokratischem Aufwand einher. Andere Regelungen, z.B. das Energiegeld, erreichen einige Gruppen wie Rentner und Studenten gar nicht. Mit unserem Antrag [„Preissteigerung bekämpfen – Schutzschirm gegen die Inflation“](#) fordern wir deshalb weitere Schritte: Einen raschen und vollständigen Ausgleich der kalten Progression; kurzfristige Auszahlung der Energiepauschale, bei gleichzeitiger Ausweitung auf Rentner, Studenten, Bezieher von Lohnersatzleistungen wie zum Beispiel das Elterngeld für junge Familien.

Darüber hinaus braucht es weitere Entlastungen: Für die Jahre 2022 und 2023 müssen wir die Energie-, Strom- und Umsatzsteuer senken – insbesondere für Kraftstoffe. Die Pendler brauchen eine echte und dauerhafte Entlastung. Für mehr Wettbewerbsfähigkeit und stabile Preise brauchen wir strukturelle Maßnahmen – Beschleunigung von Planungs- sowie Genehmigungsverfahren und

konsequenter Abbau von Bürokratie und Investitionshemmnissen. All dies ergibt einen wirkungsvollen Inflationsschutzschirm.

Hunger vermeiden – Bundesregierung muss endlich Ackerflächen freigeben.

Infolge des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine droht weltweite Nahrungsmittelknappheit. Auch bei uns steigen bereits die Lebensmittelpreise. Deutschland muss in dieser Ausnahmesituation jeden möglichen Beitrag leisten, um Hunger in der Welt zu vermeiden und die Lebensmittelproduktion zu steigern. Für uns ist klar: Deutschland und Europa haben eine Verantwortung, die über die eigene Bevölkerung und deren Belastungen als Verbraucher hinausreicht.

Die Europäische Kommission hat das Problem erkannt. Mit dem Ernährungsnotfallplan hat sie den Mitgliedstaaten eingeräumt, Brachflächen für den Anbau – etwa von Brotweizen – freizugeben. Die Agrarminister der Länder waren ebenfalls dafür. Aber während andere europäische Staaten sofort den Anbau ermöglichten, ließ Bundeslandwirtschaftsminister Özdemir die Chance durch schlichten Fristablauf verstreichen. Dadurch können in Deutschland rund 800.000 Tonnen Weizen im Jahr nicht geerntet werden. Das hätte für die Ernährung von mindestens drei Millionen Menschen ausgereicht. Die Bundesregierung muss endlich ihrer Verantwortung gerecht werden.

Wir werden den dringenden Handlungsbedarf deshalb in dieser Woche in einer aktuellen Stunde [„Hunger vermeiden – Mehr Lebensmittel produzieren statt Ackerflächen stilllegen“](#) im Plenum zur Sprache bringen.



Für 3x9 Euro durch ganz Deutschland – und dann?

Mit 2,5 Milliarden Euro gibt der Bund für das „9-Euro-Ticket“ etwa ein Viertel dessen aus, was der Nahverkehr in Deutschland den Bund im Jahr kostet. Die Entlastung ist den treuen ÖPNV-Kunden zu gönnen.

Aber dieses Geld fehlt für nachhaltige Verbesserungen des Nahverkehrs: Neue On-Demand-Verkehre, neue attraktivere Busse und Bahnen oder ein deutlich besseres Verkehrsangebot auf dem Land. Stattdessen verramscht die Bundesregierung den ÖPNV für 9 Euro im Monat. Eine vertane Chance für klimafreundliche Mobilität in unserem Land.

Wenn mit dem 9-Euro-Ticket die Bürgerinnen und Bürger von den stark gestiegenen Lebenshaltungskosten ein Stück weit entlastet werden, ist diese Entlastungswirkung zu begrüßen. Fraglich sind bei dieser Aktion die langfristige Wirkung auf die Nutzung des ÖPNV und die Finanzierung durch den Bund. Das heißt konkret: Wir fordern eine dauerhafte und strukturelle Verbesserung des ÖPNV-Angebots für mehr bedarfsgerechte Mobilität in Stadt und Land. Wir setzen uns weiterhin für eine nachhaltige und ganzjährige Verbesserung des ÖPNV-Angebots ein – nicht nur als kurzfristige Einmalaktion für die Sommermonate, wie dies nun durch die Bundesregierung beschlossen wurde.

Schnelle und durchgreifende Reaktion des Rechtsstaats auf den Angriffskrieg Russlands ermöglichen

Mit unserem [Antrag](#) bringen wir Vorschläge ein, wie sich die Umsetzung der Sanktionen als Reaktion auf den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine effektiver gestalten lässt. Dazu wollen wir u.a. das Einfrieren von Vermögenswerten erleichtern, die Ermittlungsfähigkeit der Sicherheitsbehörden gerade bei unklaren Vermögensverhältnissen verbessern – etwa durch die effektive Umsetzung eines Datenbankgrundbuchs. Abschließend schlagen wir weitere Maßnahmen vor, um Geldwäsche bei Immobilientransaktionen noch erfolgreicher zu verhindern.

Für eine wehrhafte Demokratie – Gegenüber jeglicher Art von Extremismus

Mit unserem [Antrag](#) fordern wir die Bundesregierung zu einem effektiven Vorgehen gegen jede Art von Extremismus auf. Denn die wehrhafte Demokratie in Deutschland steht vor großen Herausforderungen. Extremistische Gruppen greifen die Werte und Institutionen unseres Rechtsstaates an und destabilisieren den innergesellschaftlichen Frieden. Gegen Extremismus in allen seinen Formen vorzugehen heißt, gemeinsam für unsere Demokratie einzustehen.

Wir fordern die Bundesregierung auf, die notwendigen Maßnahmen umzusetzen: Eine erfolgreiche Bekämpfung von Gefahren für die Demokratie setzt politische Bildung und Prävention, aber auch effektive Befugnisse der Sicherheitsbehörden voraus. Die Befugnisse der Sicherheitsbehörden wiederum sind dem technischen Fortschritt anzupassen. Außerdem muss die Bundesregierung Aktionspläne auch für die Bekämpfung des Islamismus und des Linksextremismus vorlegen – und nicht lediglich zum Rechtsextremismus.

Beibehaltung des ermäßigten Mehrwertsteuersatzes in der Gastronomie und der ermäßigten Biersteuersätze

Für Gastronomie gilt seit dem 1. Juli 2020 bis gegenwärtig Ende 2022 der ermäßigte Mehrwertsteuersatz in Höhe von 7 Prozent. Anfang 2021 wurde auch die Biersteuer für kleine und mittlere Brauereien bis Ende 2022 befristet gesenkt. Damit haben wir in der letzten Legislaturperiode einen Beitrag zur Bekämpfung der Corona-Folgen und zur Stärkung der Binnennachfrage geleistet. Nun drohen beide Ermäßigungen Ende des Jahres auszulaufen. Dies bedroht die Erholung der Gastronomie in unseren Innenstädten und den Fortbestand vieler kleiner Brauereien in der derzeitigen wirtschaftlichen Situation. Mit unserem [Antrag](#) fordern wir die Bundesregierung auf, beide Steuersenkungen dauerhaft fortgeltend zu lassen.

Video der Woche

Diese Woche: Hohe Neuverschuldung, eine unhaltbare Finanzplanung und keine Anstrengungen zur Haushaltskonsolidierung. Staatsverschuldung als Inflationstreiber - zum Schaden von Jung und Alt!



Zitat der Woche

«Ich begrüße, dass die Empfehlungen des Bundesrechnungshofes mit dem **Rentenpassungs- und Erwerbsminderungsrenten-Bestandsverbesserungsgesetz** umgesetzt wurden.»

*Ich habe mir heute im Rechnungsprüfungsausschuss trotz dieses Kompositums **nicht** die Zunge gebrochen!*

Neues aus dem Büro

Bis Juli 2022 unterstützt mich im Büro mein neuer Praktikant Lukas Nagel:



Der Waldstetter Student hat in Aalen und Budapest „Internationale BWL“ studiert und wird im Herbst seinen Master in „International Management“ beginnen.

Daß er den Herausforderungen in Berlin gewachsen ist, hat der Zehnkämpfer in der Vergangenheit bewiesen: Er war 2018 mit der Mannschaft baden-württembergischer Meister:

